

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 8, September 2017 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPÖ**

für Graz-Umgebung

Neun Stockwerke ohne Balkongeländer **Spekulation mit Wohnraum verhindern!**

Seite 2-3



Der Schulanfang naht. Und konfrontiert Kinder und Eltern mit dem Beginn einer anstrengenden Zeit des Leistungsdrucks. Vorher kann noch zwanglos gefeiert werden – beim Volkshausfest der KPÖ.

NATIONALRATSWAHL 2017: LISTE 7

KPÖ plus



**Wohnen darf nicht
arm machen!**

Seite 14-15

volks ²⁰¹⁷ **hausfest**



Samstag, 9. Sept. 2017



Einsatz für günstigere Öffi-Tarife

Mit den jährlichen Tarifsprüngen im Verkehrsverbund muss endlich Schluss gemacht werden. Das fördert die KPÖ. Außerdem soll die zentrale Tarifzone auf die Grazer Umlandgemeinden ausgeweitet werden. Die günstige Grazer Jahreskarte müsste künftig auch dort angeboten werden.

Der steirische Landtag beschäftigte sich im Juni mit den Problemen des öffentlichen Verkehrs im Großraum Graz. Jeder dritte steirische Arbeitsplatz befindet sich in Graz, über 90.000 Menschen pendeln täglich ein. Das entspricht der Hälfte der in Graz Beschäftigten. Weitere 40.000 Personen pendeln täglich aus Graz aus. Die Verkehrspolitik des Landes wird den Anforderungen nicht gerecht, betonte KPÖ-LAbg. Werner Murgg in seiner Wortmeldung.

Der Großraum Graz erstickt im Verkehr. Trotzdem erhöht der Verkehrsverbund mit Billigung der Landesregierung die Ticketpreise jährlich. Am 1. Juli 2017 erfolgt die nächste Teuerung um 1,6 %. Grundlage dafür ist eine Vereinbarung aller im Verbund vereinten Unternehmen, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fa-



FOTO: Wolfgang Wehapp

chen des Verbraucherpreisindexes durchzuführen.

„Dieser überproportionalen Teuerung auf Kosten aller, die auf den Öffentlichen Verkehr angewiesen ist oder ihn aus ökologischen Gründen nutzen, muss ein Riegel vorgeschoben werden“, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Ein neuerlicher Antrag der KPÖ auf Abschaffung dieser extremen Teuerung wurde in der Sitzung von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Dass günstige Preise Wirkung zeigen, beweist das Beispiel der Landeshauptstadt Graz: 2014 wurde die Jahreskarte noch von 12.000 Fahrgästen in Anspruch genommen. 2015 erwarben 32.000

Menschen eine Jahreskarte, nachdem der Preis auf Betreiben der KPÖ von 399 auf 228 Euro gesenkt wurde.

Eine Ausweitung der Grazer Zonenkarte auf den gesamten Bezirk Graz-Umgebung ist ebenfalls dringend geboten.

Seniorenkarte

Die KPÖ unternahm einen weiteren Vorstoß, die Seniorenkarte im Verbundsystem von der ÖBB-Vorteilscard loszulösen. Dadurch entstehen für alle, die die ÖBB nicht nutzen, Mehrkosten von 29 Euro. Diese Vorschläge wurden ebenfalls von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Franz Parteder

Schulbetrieb in Volksschule Augrabern eingestellt

SEMRIACH. Die Volksschule Augrabern in der Gemeinde Semriach hat mit Ende des Schuljahres den Betrieb eingestellt. KPÖ gegen Schulschließungen.

Vor wenigen Jahren gab es in der Gemeinde Semriach noch drei Volksschulen. Als erste davon wurde die VS Rechberg geschlossen, nun folgte die Einstellung des Schulbetriebs in Augrabern. Damit bleibt nur die Volksschule im Orts-

zentrum übrig. Seit 2011 gibt es in der Steiermark eine Schulschließungswelle. Über 40 Schulen sind den „Reformen“ von SPÖ und ÖVP in der vergangenen Legislaturperiode zum Opfer gefallen. Die KPÖ protestiert gegen die neuerliche Ausdünnung der Infrastruktur im ländlichen Raum und die damit verbundenen Folgen für Eltern und Kinder. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Die Schließung von Schulen hat negative Auswirkungen. Die Kinder

müssen längere Schulwege in Kauf nehmen, die Gemeinden werden ausgehungert. Die Schulen sind der Lebensnerv vieler Regionen.“

Schule mit Tradition

Die Volksschule Augrabern wurde 1830 als „Notschule“ gegründet, 1874 folgte schließlich die Eröffnung der öffentlichen Volksschule. Nunmehr ist dieses Kapitel durch die Landesregierung mit der Einstellung des Schulbetriebes im Augrabern geschlossen worden.

KOMMENTAR

Streitereien

Der Schock bei der Gemeinderatswahl 2015 hat Spuren hinterlassen. Das zeigt sich bei den Auseinandersetzungen in der Gemeindestube von Frohnleiten ganz deutlich. Die Menschen haben dort jetzt einen neuen Vizebürgermeister, den sie schon aus der Zeit vor der Wahl kennen. Die ÖVP zeigt nach dem Wahlerfolg Ansätze zum Abheben.

Die Anliegen der Bevölkerung drohen auf der Strecke zu bleiben.

Ähnliches könnte man auch aus anderen Gemeinden berichten. Schade dass es in unserem Bezirk in den Gemeinderäten keine konsequente soziale Kraft gibt, die den herrschenden Parteien auf die Finger schaut und Verbesserungen für die Menschen durchsetzt, wie dies in Graz mit der KPÖ der Fall ist.

F. St. Parteder



KLEIN, aber MIT BISS



So viele „K“ in der Politik: Aber – ob Kern, ob Kurz, – ich unterstütze die KPÖ.

Kommentar von Philipp Reiningger
KPÖ-Sprecher in GRATWEIN-STRASSENDEL

Gesundheit nur für Reiche?

Gesundheit lediglich als die Abwesenheit von Krankheit zu verstehen – diese Definition hat zweifellos ausgedient. Wie ist es aber nun um die medizinische Versorgung von uns allen bestellt? Und was hat das mit Geld zu tun?

Wer diesbezüglich aktuelle Medienberichte verfolgt, wird die Antworten längst gefunden haben: Wir haben seit geraumer Zeit eine (mindestens) Zwei-Klassen-Medizin. Die, die über die finanziellen Mittel verfügen, setzen sich schon lange nicht mehr in eine Ambulanz, in der eine klaffende Schnittwunde erst nach einer Wartezeit von viereinhalb Stunden versorgt wird, weil das Personal heillos überfordert und ausgequetscht wird. Wer über das nötige Kleingeld verfügt, geht zum Wahlarzt und bekommt dort natürlich bevorzugte Behandlung - bis hin zur Vorreihung bei Untersuchungen, auf die Otto Normalverbraucher wochenlang warten muss. Es ist darüber hinaus ein veritabler Skandal, dass man die medizinische Versorgung in den Bezirken derart ausdünnert, dass auch bei akuten Notfällen dutzende Kilometer zum nächsten Krankenhaus zurückgelegt werden müssen - und es ist ziemlich zynisch zu behaupten, das System der Flugrettung würde ja ohnehin zur Verfügung stehen. Drei Hubschrauber als Ersatz für die extramurale Notfall-Versorgung?

Formen der Ganzheitlichen Medizin werden nicht finanziert. Psychotherapie als Prä-



Von Philipp Reiningger

vention – Fehlanzeige! Mit der seit 15 Jahren unveränderten Zuzahlung von 21,80 Euro fehlen immer noch ca. 60 Euro pro Einheit auf den durchschnittlichen Preis einer Einzelsitzung - dies können sich Menschen mit „normalem“ Einkommen zunehmend nicht mehr leisten. Insbesondere, wenn man bedenkt, dass die Gewinne der Unternehmen stetig steigen, während die Realeinkommen der Arbeiter seit Jahren stagnieren. Betreuung auffälliger Jugendlicher? – Wird „eingespart“. Die Folgekosten durch spätere Devianz u.ä. betragen ein Vielfaches.

Wohnbeihilfe/„Wohnunterstützung“? Einer Mindestpensionistin, die von der steirischen KPÖ beraten wurde, wurde selbige innerhalb weniger Jahre von 182.-/Monat auf 50.-/Monat gekürzt. Man glaubt offenkundig – nunmehr wiederholt – auf dem Rücken der Ärmsten sparen zu können. Bleibt nur noch der Spruch von Heinemann: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt.“

Zwei-Klassen-Medizin

Wer in Graz-Umgebung einen Arzt braucht, der ist praktisch gezwungen, nach Graz zu fahren. Das gilt nicht nur für Fachärzte, sondern auch immer öfter für praktische Ärzte. Nur 61 Ärzte für Allgemeinmedizin haben im Bezirk einen Vertrag mit der GKK. In Gratwein-Straßengel kommen 4 Hausärzte auf 13.000 Bewohner. In Gratkorn gibt es drei praktische Ärzte mit Kassenvertrag für 7.800 Einwohner.

Im Bezirk gibt es insgesamt 142 Ordinationen für Allgemeinmedizin, die meisten von ihnen sind aber Wahlärzte. Nicht einmal die Hälfte von ihnen hat einen Vertrag mit der GKK.

„Einen Ärztemangel gibt es nicht, sehr wohl aber einen Kassenärztemangel“, betont KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. „Das ist ein eindeutiger Hinweis auf die Zwei-Klassen-Medizin.“



Gemeinden ohne Postamt

Nach dem Willen des Managements soll auch im Bezirk Graz-Umgebung das Poststerben weitergehen. In Hart bei Graz und in Deutschfeistritz droht das Aus für die Postämter. Alle Erfahrungen zeigen, dass Postpartner kein vollwertiger Ersatz sind.

Noch ist das letzte Wort aber nicht gesprochen. Es kommt darauf an, dass die Menschen in den Gemeinden aktiv für ihre Infrastruktureinrichtungen eintreten. Gratkorn kann dabei als positives Beispiel gelten: Dort hat das Management im Vorjahr das Ende

für das Postamt beschlossen. Jetzt spricht man aber davon, dass man die Entwicklung weiter beobachten wolle – es gibt also noch Hoffnung.



Nicht nur die Postämter werden zugesperrt. Selbst die Postkästen werden oft abmontiert.

Nationalratswahl 15.10.2017:

Wohnen darf nicht arm machen

KPÖ-Liste 7 wählen!



www.kpoe-steiermark.at

Blaues Wunder

Wer hat im Landtag eine Senkung der Politgehälter abgelehnt? Die FP.

Wer ist gegen die Kürzung der Parteienförderung in Graz? Die FP.

Wo sie nur kann, macht diese Partei eine Politik für die Reichen

und ist beim Kürzen von Sozialleistungen und beim Ausverkauf von öffentlichem Eigentum ganz vorne dabei.

Wer diese Leute wählt, weil er mehr soziale Gerechtigkeit will, der wird sein blaues Wunder erleben.



Wohnunterstützung Familienbeihilfe steht den Kindern zu

Im Sommer 2016 schaffte das Land Steiermark unter Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) die Wohnbeihilfe ab. Sie wurde durch die so genannte „Wohnunterstützung“ ersetzt. Diese ist nichts anderes als eine massive Kürzung. Tausende sind betroffen.

Die KPÖ leistete von Anfang an Widerstand gegen dieses unsoziale Gesetz. Einige Fehler wurden mit Jahresbeginn behoben. Das Gesetz bleibt aber mangelhaft. Beispiele:

Zu „reich“ durch Familienbeihilfe

Familie Glanschnig^{*)} hat vier Kinder. Das jüngste ist erst vor kurzem auf die Welt gekommen. Frau Glanschnig bekommt 450 Euro Karenzgeld. Herr Glanschnig verdient

1500 Euro netto. Die Wohnung ist mit 54 m² nicht gerade groß für eine sechsköpfige Familie. Die Wohnkosten betragen 650 Euro. Bis 2016 gab es vom Land 211 Euro Wohnbeihilfe.

Mit der Wohnbeihilfe neu bzw. Wohnunterstützung erhält die Familie künftig keinen einzigen Euro mehr. Grund dafür: die Familienbeihilfe wird nun zum Einkommen gerechnet. Dadurch ist Familie Glanschnig – wie viele andere Familien – aus Sicht von Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) zu „reich“.

Die Grazer Stadträtin Elke Kahr und KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler haben vor dieser Verschlechterung gewarnt: „Die Einberechnung der Familienbeihilfe ist ein echter Tabubruch. Viele Arbeiterfamilien hätten nie eine Chance auf eine menschenwürdige Unterkunft gehabt, wenn das früher so gewesen wäre!“

Zum Leben bleibt nichts mehr

Ähnlich geht es Karl Pfannhofer^{*)}. Der Alleinverdiener hat viele Jahre als Taxifahrer gearbeitet, zuletzt aber seine Anstellung verloren. Er lebt mit Ehefrau und zwei Kindern in Graz. 560 Euro bezahlt die Familie, die derzeit auf Mindestsicherung angewiesen ist, fürs Wohnen. Zum Leben bleibt fast nichts.

Früher hat Herr Pfannhofer, obwohl er noch Arbeit gehabt hat, 190 Euro Wohnbeihilfe bekommen. Jetzt sind es trotz der wesentlich schlechteren finanziellen Lage der vierköpfigen Familie nur noch 163 Euro. Auch hier ist es die Einberechnung der Familienbeihilfe, die zur Kürzung führt.

Lange Wartezeiten

Durch die ständigen Änderungen des Gesetzes ist es für Tausende

zu monatelangen Wartezeiten auf den Bescheid gekommen. In dieser Zeit wurde keine Wohnunterstützung ausbezahlt. Miete und Betriebskosten müssen trotzdem bezahlt werden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, die seit Monaten keine Wohnbeihilfe mehr bekommen haben. Das ist einfach unzumutbar.“

Die KPÖ bleibt dabei: Die Familienbeihilfe ist zum Wohl der Kinder gedacht und nicht für die Bezahlung der Miete. Das Gesetz muss geändert werden, sonst stehen viele steirische Familien in absehbarer Zeit vor dem Nichts.

^{*)} Name geändert

Petitionsrecht Direkter Protest ans Land

Wer mindestens 100 Unterschriften sammelt, kann sein Anliegen mittels einer Petition an den Landtag vorbringen. Vorsitzende des Petitionsausschusses ist KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

In der Frage der Wohnunterstützung gab es eine Vielzahl an Petitionen: Die ÖH, eine Invalidenpensionistin oder Simon Hafner von der IG Kultur legten ihre Probleme mit der Neuregelung der Wohnbeihilfe vor.

Die KPÖ mit Elke Kahr hat schon im Dezember 10.000 Unterschriften übergeben, eine weitere Petition, unterstützt durch 5.000 Unterschriften, brachte der KSV Graz ein.

Mit diesen Petitionen konnte eine Reihe von Verbesserungen bei der Wohnunterstützung erreicht werden. Die KPÖ gibt nicht auf, besonders die Einberechnung der Familienbeihilfe muss fallen!

Petitionen an den Landtag Steiermark:

Direktion Landtag Steiermark
Herrengasse 16
8010 Graz-Landhaus
Tel. +43 316 877-6309
Fax +43 316 877-2198
E-Mail:
direktion@landtag.steiermark.at/
www.landtag.steiermark.at/



Im Oktober 2016 gingen in Graz über 1000 Menschen auf die Straße, um ein Zeichen für die Wiedereinführung der Wohnbeihilfe zu setzen. Die KPÖ sammelte 10.000 Unterschriften, die im Dezember dem Landtag übergeben wurden. Die Landesregierung musste nachbessern. Das Gesetz bringt aber nach wie vor viele steirische Familien in Existenznot.



NATIONALRATSWAHL 2017: LISTE 7 - KPÖ FÜR LEISTBARES WOHNEN

Wohnen darf nicht *arm* machen.

Alle reden von Kurz, Kern und Pilz. Niemand redet mehr von leistbarem Wohnen und den echten Problemen der Menschen. Viele Politiker haben den Bezug zu den einfachen Menschen verloren und führen täglich vor Augen, wie abgehoben ihre Politik geworden ist.

Die KPÖ aber erhebt ihre Stimme für die Vielen, denen wenig bleibt. Sie setzt sich glaubwürdig für leistbares Wohnen und ein Einkommen zum Auskommen ein.

Mit Ihrer Unterschrift für die untenstehende Petition tragen Sie dazu bei, die Regierung an ihre eigenen Versprechen zu erinnern.

Mit Ihrer Unterstützung möchten wir denjenigen Gehör verschaffen, die sonst keine Lobby haben.

Es kommt auf Ihre Stimme an!

KPÖ-Spitzenkandidatin
LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
im ORF Gespräch:

„Ich will ein Zeichen setzen und egal, was daraus wird, ob wir jetzt in den Nationalrat einziehen oder nicht, unsere Arbeit im Interesse der Menschen wird weitergehen. Wir werden konsequent bleiben, wir werden ehrlich bleiben und wir werden sozial bleiben und das ist für die Menschen, glaube ich, das Wichtigste“



Setzen wir ein Zeichen für leistbares Wohnen!

Bitte unterschreiben Sie für Mitzinsobergrenzen

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Wohnen darf nicht arm machen!

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

Die Regierung hat uns ein modernes und soziales Mietrecht versprochen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Immer mehr Menschen können sich Mieten und Betriebskosten nicht mehr leisten. Vermieter, Makler, Wohnbaugesellschaften und Spekulanten machen große Gewinne aus dem Geschäft mit der steigenden Wohnungsnot.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

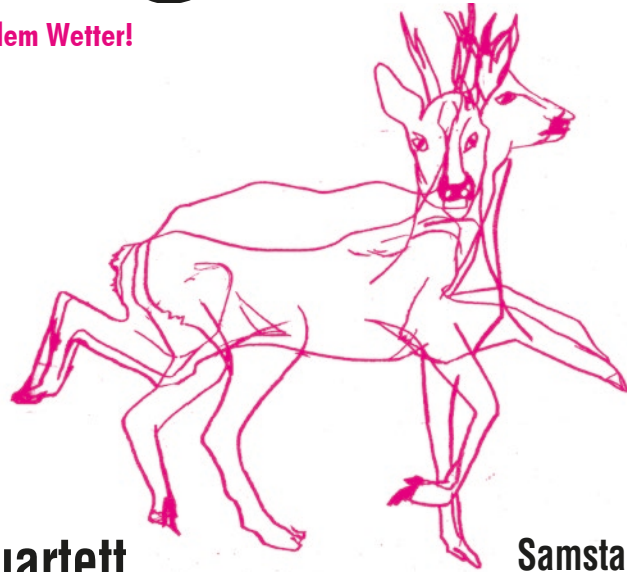
Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.
Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79
Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at



Volks**haus**fest 2017

Eintritt frei, bei jedem Wetter!



Samstag

Yamandu Fuchs Quartett
The Mysterious Bluesmen
Berndt Luef Trio
Attwenger
Zsamm
Aivery

On decks: Robert Lepenik

Kinderprogramm für Jung & Alt • Glückshafen & Tombola mit Elke & Claudia

9.9.

ab 15 Uhr
bei jeder Witterung

Eintritt frei!

Nach der Hitze des Sommers nähert sich der Herbst, und damit auch eines der beliebtesten Feste für alle Grazer und Grazerinnen: Das Volkshausfest der KPÖ, das heuer am 9. September ab 15 Uhr in der Lagergasse 98a stattfindet.

Das Angebot des bodenständigen Volksfests kann sich sehen lassen: Für das leibliche Wohl ist mit Spanferkel und Lamm vom Spieß und vielen weiteren Spezialitäten gesorgt.

Nachmittags gibt es einen politischen und ökologischen Jahrmarkt, wo in gemütlicher Atmosphäre diskutiert werden kann.

Die Initiative „Drück Mich!“ ermöglicht es interessierten Besuchern, anhand von Puppen Erste-Hilfe-Maßnahmen bei Herzstillstand zu erlernen.

Ein Kinderprogramm für Jung & Alt und der Glückshafen mit Elke & Claudia dürfen nicht fehlen.

Das Musikprogramm reicht stilistisch von Gypsy Jazz („Yamanda Fuchs Quartett“), Blues („The Mysterious Bluesmen“), Rock („AIVERY“), Elektronik („ZSAMM“) bis hin zum legendären „Berndt Luef Trio“ und dem bekannten oberösterreichischen Duo „Attwenger“. Wenn das Wetter mitspielt, findet das Musikprogramm ab 15 Uhr im Hof, ab 21.30 Uhr im Großen Saal statt, ansonsten vollständig im Großen Saal.

Der bekannte Grazer Musiker und Komponist **Robert Lepenik** wird Nachtschwärmer als DJ an den Reglern in die frühen Morgenstunden begleiten.


VOLKSHAUSGRAZ

Helfen statt Reden. *Elke Kahr.*

KPÖ

